

Eigenerklärung zur Eignung

Auf Verlangen der Vergabestelle sind die Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Bewerber / Bieter:

Name und Rechtsform:

Straße:

Postleitzahl, Ort:

Ansprechpartner:

Telefon:

Fax:

E-Mail-Adresse:

Gründungsdatum:

Umsatz des Unternehmens

Jahr			
Allgemeiner Jahresumsatz in €			

Anzahl der jahresdurchschnittlichen beschäftigten Arbeitskräfte

	Jahr:	Jahr:	Jahr:
Führungskräfte:			
Verwaltung:			
technische Fachkräfte/ technische Stellen:			
Sonstiges Personal:			

Berufsgenossenschaft

Angabe, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat.

Ich bin / Wir sind Mitglied

der Berufsgenossenschaft:

unter Nummer:

Referenzen

Referenzen die in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren mit der Leistung vergleichbar sind.

Referenz 1:

Bezeichnung der Leistung:

Auftragswert der Leistung in €:

Vertrags-/Leistungszeitraum:

Vergabenummer (sofern bekannt):

Auftraggeber:

Anschrift:

Ansprechpartner:

Telefon-Nr.:

Referenz 2:

Bezeichnung der Leistung:

Auftragswert der Leistung in €:

Vertrags-/Leistungszeitraum:

Vergabenummer (sofern bekannt):

Auftraggeber:

Anschrift:

Ansprechpartner:

Telefon-Nr.:

Referenz 3:

Bezeichnung der Leistung:

Auftragswert der Leistung in €:

Vertrags-/Leistungszeitraum:

Vergabenummer (sofern bekannt):

Auftraggeber:

Anschrift:

Ansprechpartner:

Telefon-Nr.:

Weitere Referenzen entsprechend beigefügtem Dokument. **** freiwillig ****

Angaben über das dem Unternehmen für die Ausführung der zu vergebenden Leistung zur Verfügung stehende Personal und Ausrüstung:

Zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB

Ich erkläre / Wir erklären hiermit, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten innerhalb der letzten fünf Jahre rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Ich erkläre / Wir erklären hiermit, **dass** einer der vorbenannten zwingenden Ausschlussgründe innerhalb der letzten fünf Jahre **vorliegt**. Weitere Informationen sind in einer Anlage detailliert aufgeführt, einschließlich ggf. getroffener Selbstreinigungsmaßnahmen.

Steuern und Abgaben

Ich erkläre / Wir erklären, dass ich meine / wir unsere Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe / haben.

Ich erkläre / Wir erklären, dass ich meine / wir unsere Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung **nicht ordnungsgemäß** erfüllt habe / haben.

Fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB

Ich erkläre / Wir erklären hiermit, dass innerhalb der letzten drei Jahre:

1. das Unternehmen nicht bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen nicht im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber nicht über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen nicht
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ich erkläre / Wir erklären hiermit, **dass** einer der vorbenannten fakultativen Ausschlussgründe innerhalb der letzten drei Jahre **vorliegt**. Weitere Informationen sind in einer Anlage detailliert aufgeführt, einschließlich ggf. getroffener Selbstreinigungsmaßnahmen.

Kleinst-/kleines oder mittleres Unternehmen*

Handelt es sich bei dem Wirtschaftsteilnehmer um ein Kleinstunternehmen, ein kleines Unternehmen oder ein mittleres Unternehmen?

Beachten Sie: Maßgeblich ist das Unternehmen als Rechtssubjekt (GmbH, e. V., etc.). Ihre Angabe darf sich **nicht** nur auf einzelne Niederlassungen oder Standorte (Unternehmensteile) ohne rechtliche Selbstständigkeit beziehen.

nein

ja, um ein Kleinstunternehmen**

Unternehmen, die **weniger als 10 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme **2 Mio. Euro nicht übersteigt**.

ja, um ein kleines Unternehmen**

Unternehmen, die **weniger als 50 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme **10 Mio. Euro nicht übersteigt**.

ja, um ein mittleres Unternehmen**

Unternehmen, die **weniger als 250 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz **50 Mio. Euro nicht übersteigt** und/oder deren Jahresbilanzsumme **43 Mio. Euro nicht übersteigt**.

** Diese Angabe dient einem statistischen Zweck.*

*** Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.05.2003, S. 36)*

Mir / Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen der Eigenerklärungen nach Aufforderung durch die Vergabestelle vorgelegt werden müssen.

.....
Ort, Datum

.....
Namen des Erklärenden

Fehlt bei dieser Erklärung bei einem

- elektronisch übermittelten Angebot der Name der natürlichen Person in Textform, die die Erklärung abgibt,
 - schriftlichen Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben,
- so gilt diese Erklärung als nicht wirksam abgegeben.